Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 69 (1975)
Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau. Erstes Halbjahr 1975 (abgeschlossen 15. Juli 1975)
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142487

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ettore P. Pater Bertholds Erbe übernommen und setzt Himmel und Hölle in Bewegung, um den Fall Judas abzuklären. Er ist überzeugt: «Dann wäre er eine Chiffre für Jude und Heide, für Kommunist, Neger und Ketzer — für alle, die man verteufelte und zum Sündenbock machte.»

Auch der Dichter Walter Jens, der in seiner Schlußnotiz zu verstehen gibt, daß dieser fiktive Bericht demonstrieren soll, unter wie verschiedenen Aspekten die scheinbar längst feststehende Schuld des Judas gesehen werden kann, ist der Meinung, daß der Fall neu betrachtet und entschieden werden muß. Es handelt sich für ihn nicht nur um eine spekulative dichterische Übung, die den Leser zu fesseln vermag, sondern im tiefsten doch auch um das Bedürfnis, eine Klärung des dunkelsten Ereignisses der Bibel zu veranlassen.

B. W.

(Abgeschlossen 15. Juli 1975)

Weltrundschau. Erstes Halbjahr 1975

Die allgemeine Welt-Krise, von der an dieser Stelle nun seit Jahren in trister Monotonie immer wieder die Rede war, hat sich im vergangenen halben Jahr durch die Verschärfung der sich seit knapp zwei Jahren abzeichnenden Welt-Rezession zu einer massiven Weltwirtschaftskrise verallgemeinert und verbreitert. Die Arbeitslosigkeit in allen westlichen Industrieländern stieg in einem seit fast einem halben Jahrhundert unbekanntem Ausmaß an (z. Zt. 15 Millionen), verschlimmert durch die weiter fortschreitende Inflation, vor allem in Lateinamerika. Bisher hielten sich die politischen Konsequenzen aus der Weltwirtschaftskrise, von der nun auch offiziell die Rede ist, noch in überschaubaren Grenzen. Aber in mehreren Ländern zeigt sich schon jetzt eine Verschärfung der je nationalen Krisensituation, mit möglicherweise bald explosiven Auswirkungen — Portugal, England, Italien, Spanien, Argentinien, vielleicht auch Chile mit seiner phantastisch hohen Inflationsrate, von Indien ganz zu schweigen, wo die seit Jahren heranreifende Krise offen durchgebrochen ist. Die Weltwirtschaftskrise beeinträchtigt auch die innere Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer großen Abhängigkeit vom Industrieexport. Der Beginn des spektakulären Weltraum-Rendez-vous zwischen den USA und der UdSSR kann nicht die permanente, nervenzerreißende Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens übertönen; die Gefahr des Zusammenbruchs, seit Jahren konzentriert im Nahen Osten, erhebt sich neuerdings, nach Beendigung des Indochinakrieges, wieder im Fernen Osten, und zwar, zur Abwechslung, fünfundzwanzig Jahre nach dem Koreakrieg, wieder einmal um das geteilte Korea.

Vertrauen auf die Erholung der Wirtschaft in USA?

Die Hoffnungen auf eine Erholung der Weltwirtschaft orientieren sich an der ökonomischen Entwicklung in den USA. Von dort soll also das

neue Heil kommen. Da sich die USA-Wirtschaft aber ihrerseits zu einem verstärkten Ansturm auf den europäischen Markt rüstet, könnte es sehr wohl sein, daß die Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft auf Kosten der europäischen geht, mit politisch absehbaren Konsequenzen, wie sie sich bereits in Portugal abzeichnen. Die Frage ist, ob die irrlichternde Außenpolitik Kissingers, die einerseits einen Kompromiß zwischen Israel und den Arabern im Nahen Osten, wie mit der Sowjetunion anstrebt, anderseits die Welt immer wieder mit neuen Kriegs- und Interventionsdrohungen irritiert — abwechselnd im Nahen und Fernen Osten (nach Vietnam und Kambodscha jetzt Korea) — auf die Dauer den vermutlich gewünschten Ablenkungseffekt von den inneren Schwierigkeiten haben könnte. Der Vietnamkrieg mit seinen verheerenden Rückwirkungen auch auf die USA sollte eigentlich Warnung genug sein. Es bleibt auch noch abzuwarten, wie sich Fords Kandidatur zur Präsidentenwahl 1976 auswirken wird, beruhigend und konsolidierend, oder, wegen der trüben Umstände, unter denen er zur Präsidentschaft gelangte, insgesamt destabilisierend. Nach den inneren Aufregungen der letzten Jahre verlief die innenpolitische Entwicklung der USA diesmal relativ ruhig. Die ständigen Enthüllungen über kriminelle Praktiken des CIA, über korrupte Praktiken großer US-Konzerne, zur Förderung ihrer politischen und ökonomischen Ziele, wirken heute nicht mehr so aufregend wie noch vor einigen Jahren, weil die Welt nach all den Erfahrungen der letzten Jahre sich an amerikanische Skandale gewöhnt hat, abgebrüht ist, wie man sagt. Der moralische Kredit der USA im In- und Ausland ist ohnehin auf ein kümmerliches Minimum zusammengeschrumpft.

Sowjetunion und Volksrepublik China

Von den beiden großen Gegenspielern der USA, der SU und der Volksrepublik China, ist für den Außenstehenden diesmal nicht sonderlich viel zu berichten. Breschnew scheint sich in der SU zu halten, solange ihn seine physischen Kräfte noch tragen, die ihm bei seinem Alter von immerhin fast siebzig Jahren eine erstaunliche Vitalität verleihen. Die Wiederkehr des 30. Jahrestages des Kriegsendes in Europa 1945 benutzte die SU zu einer aufwendigen Gedächtnis- und Propagandakampagne, der sich auch Westeuropa nicht ganz entziehen konnte. Breschnew hat offenbar den Abschluß der KSZE mit seiner eigenen politischen Zukunft verknüpft, was vermutlich nicht ohne innere Schwierigkeiten und Friktionen abgeht. Zwar machte die SU zuletzt erhebliche Konzessionen in der umstrittenen Frage der Kontakte über die Grenzen hinaus, um den baldigen erfolgreichen Abschluß der KSZE sicherzustellen, aber im Vorfeld der KSZE gibt es immer noch Schwierigkeiten oder Pannen im west-östlichen Austausch von Wissenschaftern in

westlicher Richtung, als ob sich konservative Kräfte in der SU doch noch vor einem allzu freien Austausch von Menschen, Ideen und Literatur fürchteten. Warum eigentlich nur?

In China scheint Mao-tse Tung seine erstaunliche welthistorische Karriere nunmehr mit dem Hofieren der weltpolitischen Rechtsextremen, verkörpert in Franz Josef Strauß, zum Abschluß in ein merkwürdiges Zwielicht zu tauchen. Hat Mao ein solches Ende wirklich verdient, daß er sich, geblendet vom Haß gegen die SU (wo es allerdings schon lange entsprechenden Haß gegen China gibt), nunmehr in die Arme des zur Zeit wohl bekanntesten Reaktionärs der Welt wirft? Mit solcher brüsker Kehrtwendung versieht der alte Mao kurz vor seinem vermutlich nun doch bevorstehenden Abgang die Zukunft Chinas mit einigen zusätzlichen Fragezeichen. (Es ist nicht anzunehmen, daß Mao-tse Tung in Sachen europäische Reaktion nicht ebenso klar sieht wie die deutsche Mehrheit, die einen F. J. Strauß ablehnt. Red.)

Ende des dreißigjährigen Krieges in Indochina

Eines der wenigen erfreulichen Ereignisse des vergangenen Halbjahres war die Beendigung des dreißigjährigen Krieges in Indochina mit dem fast parallel laufenden Zusammenbruch des Lon-Nol-Regimes in Kambodscha und Thieu-Regimes in Südvietnam. Am Ende konnte man sich nur erstaunt fragen, was man mehr bewundern sollte — die kolossale Dummheit der Amerikaner, die Vietnam, Laos und Kambodscha die entsetzlichen Leiden hätten ersparen können, wenn die USA wenigstens die Ergebnisse der Genfer Konferenz von 1954 respektiert hätten, oder die grenzenlose Skrupellosigkeit und Heuchelei, mit der Teile der westlichen Presse und die US-Regierung noch die Leiden der Flüchtlinge und der Zivilbevölkerung in der Endphase der Kämpfe propagandistisch auszuschlachten suchten. Daß der nach über zwanzig Jahren nun doch siegreiche Kommunismus nach dem blutigen Umweg zur Macht, den die USA dem unglücklichen Land selbst aufgezwungen hatten, nunmehr noch härter sein wird, als bei einer friedlichen, politischen Machtübernahme im Gefolge der Genfer Abmachungen von 1954, ist nach allen Erfahrungen der Geschichte zu erwarten. Die moralische Verantwortung dafür würde aber nur auf die politisch Verantwortlichen in den USA fallen.

Instruktiv ist, daß die politisch Verantwortlichen im neuen Vietnam offenbar so viel politischen Realismus besitzen, daß sie auch im Sieg anerkennen — was sie übrigens vorher stets betont hatten — eine mechanische Vereinigung von Nord-und Südvietnam ist nicht möglich, weil sich Süd-und Nordvietnam in den letzten zwanzig Jahren vor allem ökonomisch zu sehr auseinandergelebt haben. So wird es vermutlich auf absehbare Zeit zwei vietnamische Staaten geben, die jedoch

die Chance haben, vielleicht über den Weg einer bald erfolgenden Konföderation, allmählich wieder zusammenzuwachsen. Wie wenig auch kommunistisch geprägte oder geführte Kräfte einfach nationale Differenzen überspringen können, zeigen die Konflikte zwischen den nun politisch einigermaßen ähnlich strukturierten Systemen im neuen Südvietnam und neuen Kambodscha im Kampf um einige der Küste vorgelagerte Inseln.

Selbst-Karikatur der USA

Was sich schon in den letzten Zuckungen des Indochinakrieges andeutete, zeigte sich gleich nach dem für die USA so schmählichen und demütigenden Debakel in Indochina — der enorme Prestigeverlust der USA in der ganzen Welt, von den inneren und ökonomischen Problemen, die sich die USA mit ihrer «Butter- und Kanonen»-Hybris seit Johnson selbst eingehandelt haben, einmal ganz abgesehen. Ford mag sich mit dem kostspieligen Handstreich zur gewaltsamen «Rettung» eines Beobachtungsschiffes der USA aus kambodschanischem Gewahrsam bei dem dafür empfänglichen Teil seiner Landsleute als kommender starker Mann für die Präsidentschaftswahl empfohlen haben, für die Außenwelt wirkte der Handstreich wie eine nachgerade peinliche Selbst-Karikatur auf jene Manipulation, mit der die offene militärische Intervention der USA vor über einem Jahrzehnt eingeleitet worden war, mit dem vom Pentagon seinerzeit als Vorwand zum Bombardement von Nordvietnam manipulierten sog. Tonking-Zwischenfall vom August 1964.

Folgen des amerikanischen Prestige-Verlusts

Thailands prompte Forderung nach Abbau amerikanischer Präsenz im Lande zeigt, wohin die Entwicklung laufen wird — Verdrängung der USA zumindest aus Südostasien, nachdem sie mit dem Vietnamkrieg selbst den Bogen überspannt hatten. In dieser Situation kann es auch nicht mehr überraschen, daß in dem mit Vietnam über den Kalten Krieg verknüpften anderen geteilten Land Asien — Korea — die innere Krise von neuem ausbrach, eine Entwicklung die uns nach Beendigung des Vietnamkrieges möglicherweise zur Ausgangssituation des Koreakrieges von 1950 zurückbringt — schwere innere Spannungen im diktatorisch regierten Südkorea, kombiniert mit angeblichen Angriffsplänen des kommunistischen Nordens gegen den Süden. Während die chronische innere Krise des unter US-Schirm-und Vorherrschaft stehenden Regimes in Südkorea echt genug erscheint, kann der Außenstehende ohne zusätzliche Informationen kaum entscheiden, was an den kommunistischen Angriffsplänen dran sein soll, denn ähnlich wie vermutlich 1950, könnte die Absicht des Präsident Park-Systems hinter

diesen sog. Angriffsplänen aus dem Norden stecken, mit Hilfe des militärischen Notstands und der wiederum aktiven Hilfe der USA die inneren Probleme im Sinne der Herrschenden zu lösen.

Offener Ausbruch der Krise in Indien

Die schwerste innenpolitische Explosion im vergangenen halben Jahr traf jedoch zweifellos im größten bisher noch nicht kommunistischen Land ein, in Indien. Dort brach mit der Verhängung des Ausnahmezustands durch Indira Gandhi jene politische Krise offen durch, die sich seit Jahren abzeichnete und hier immer wieder angesprochen wurde. Im Juni überstürzten sich zuletzt die Ereignisse, nachdem die Verurteilung Indira Gandhis wegen angeblich korrupter Praktiken im letzten Wahlkampf 1972 zum Verlust aller öffentlichen Ämter, und die Ministerpräsidentin damit zum Handeln gezwungen hatte. Wiederum wäre es vermessen für den Außenstehenden, ohne zuverlässige und zusätzliche Informationen sich bereits ein Urteil zu bilden über das, was im Augenblick in Indien tatsächlich geschieht: Will hier eine machthungrige und ehrgeizige Frau nur ihre persönliche politische Macht durch die Flucht nach vorn behaupten, notfalls mit allen Mitteln, auch der Errichtung einer persönlichen Diktatur, wie es jetzt im Westen fast unisono heißt? Oder versucht sie wirklich und ehrlich, die gewaltigen, schier unlösbaren Probleme des Subkontinents konstruktiv zu lösen, wie die moskautreuen indischen Kommunisten, die Sowjetunion und deren Anhänger verkünden? Versucht man, die Frage von der strukturellen Seite her anzugehen, so leuchtet ein, daß Indien zweifellos schwere und tiefgreifende Eingriffe nötig hat, um die längst überfälligen Strukturreformen zu ermöglichen, die Indiens schwere Krise vielleicht noch lösen könnten. Nach den Berichten über Indira Gandhis Tätigkeit in den ersten Tagen des Ausnahmezustandes scheint sie tatsächlich auf die Überwindung von Korruption, mangelnder Arbeits- und Preisdisziplin usw. zu zielen. Wie weit das nur ein erstes Strohfeuer ist, ob sie damit auch die wirklichen Mißstände trifft, läßt sich aus der Ferne nicht beurteilen, auch nicht, ob es dazu nötig war, inzwischen, gleichsam präventiv, politische Gegner links und rechts zu Tausenden in die Gefängnisse zu sperren. Die Tatsache, daß in Indien, abgesehen von der eigenen Partei nur noch die an Moskau orientierten Kommunisten, im Ausland die Sowjetunion und deren Anhänger, Indira auf ihrem neuen Kurs unterstützen, könnte einen Hinweis darauf geben, wohin sich Indien schon in nächster Zukunft entwickeln könnte.

Parallel-Entwicklung in Portugal?

Einen ähnlichen Weg scheint das revolutionäre Portugal zu gehen. Im vergangenen halben Jahr spitzte sich die innere Krise weiter zu, die mit

dem Militärcoup vom 25. April 1974 nur in ein neues Stadium eingetreten war. Lange schien es zweifelhaft, ob die versprochenen Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden würden. Als sie, nach Verschiebungen, am Jahrestag des Militärcoups doch noch stattfanden, brachten sie ein Ergebnis, das, wie so oft in der Geschichte, ambivalent war und auch zwiespältig wirkte: einerseits ein überwältigendes Votum für die Kraft, die das für Portugal neue Prinzip der Verstaatlichung bejahen, von Kommunisten bis zu den Sozialdemokraten, anderseits eine beeindruckende Bestätigung der gemäßigten Kräfte innerhalb der portugiesischen Revolution — Sozialisten und Sozialdemokraten, die beide zusammen rund zwei Drittel aller Stimmen auf sich vereinigten. Trotzdem verschärften die Kommunisten aller Schattierungen ihre Versuche, auch gegen das Wählervotum ihre Macht zu errichten oder weiter auszubauen — die Maoisten aus der Position von zur Wahl verbotenen, trotzdem präsenten und aus der Opposition erheblichen Druck ausübenden Gruppen, die offizielle portugiesische KP aus der Position des im Augenblick wichtigsten politischen Partners für die revolutionären Militärs, die auf eine Art Militär-Sozialismus oder Militär-Kommunismus zu steuern scheinen. Die Einrichtung von revolutionären Volksausschüssen, die, gestützt auf das Militär, eine Massenbasis für eine solche Konzeption jenseits der politischen Parteien liefern sollen, deuten auf die von den Militärs gewünschte Richtung hin. Ob es soweit kommen wird, muß sich erst noch zeigen: Die Wirtschaftskrise verschärft sich auch im revolutionären Portugal mit rund einer Million Arbeitslosen, erhöhten Inflationsraten und wachsendem Kapitalbedarf, den im Augenblick nur die EG befriedigen könnte. Anderseits haben die Kommunisten im Konflikt um die sozialistische Zeitschrift «Republica», deren Gebäude von kommunistischen Druckern und Setzern besetzt und die gegen den Beschluß der Militärs als kommunistische Zeitschrift neu herausgegeben wurde, den Bogen offensichtlich überspannt und erhebliche Gegenkräfte mobilisiert, die ihrerseits in einen gegenrevolutionären Schlag einmünden könnten. Der Rückzug von Sozialisten und Sozialdemokraten aus der Regierung wegen des «Republica»-Falls hat jedenfalls endgültig die Fiktion einer einheitlichen revolutionären Bewegung in Portugal zerstört, nachdem die Kommunisten aller Schattierungen durch die Hemdärmligkeit, ja Brutalität ihres Vorgehens selbst die Basis für eine revolutionäre Bündnispolitik vernichtet haben, die den Partnern von Kommunisten eben mehr beläßt als nur die Funktion von politischen Feigenblättern. Im Gegensatz zum improvisierten und rasch gescheiterten Staatsstreichversuch von rechts vom 11. März 1975 hätte eine Bewegung gegen die Kommunisten (innerhalb wie außerhalb der Regierung und der herrschenden Militärs) nach dem Ausscheiden von Sozialisten und Sozialdemokraten aus der Regierung, nach

den in der Provinz sich abzeichnenden Demonstrationen eher katholisch-konservativer Kräfte schon eher eine Massenbasis. Ob sie sich durchsetzen oder ob sie der Kombination von Kommunisten und herrschenden Militärs unterliegen werden, bleibt erst noch abzuwarten. Jedenfalls stehen die Zeichen in Portugal auf Sturm, vermutlich auf offenen Bürgerkrieg, in den sich dann natürlich, wie gehabt, auch andere Kräfte einmischen werden, die noch stets von solchen Konflikten profitierten.

Argentinien seit Perons Tod

Ähnlich stürmisch ging es seit dem Frühsommer 1975 in Argentinien zu. Perons Witwe gelingt es immer weniger, die auseinanderstrebenden Kräfte der argentinischen Gesellschaft zusammenzuhalten. Eine Inflation von 100 Prozent im letzten Jahr zerstört mit ihren sozialen Auswirkungen endgültig die Fiktion von der Einheit der peronistischen Bewegung, weil die Arbeiter am meisten unter der Inflation leiden. Ein Versuch von Isabel Peron, die schon genehmigte Lohnerhöhung von 130 Prozent zu blockieren, scheiterte schon nach zwei Tagen an einem Generalstreik, der die argentinische Wirtschaft vollends ins Chaos gestoßen hätte. Zwischen linksextremen Gruppen und rechtsextremen Mordorganisationen wird die argentinische Gesellschaft offenbar zerrieben und in eine bürgerkriegsähnliche Situation getrieben, die vermutlich früher oder später in den offenen Bürgerkrieg einmünden wird.

Monetäre und politische Inflation in England

Bald schon lateinamerikanische Dimensionen weist die Inflation in England auf, im 19. Jahrhundert bis 1914 der große Kapitallieferant für Argentinien. Unter dem Druck einer im Augenblick 25prozentigen Inflationsrate verlor die Entscheidung für oder gegen den Gemeinsamen Markt manches an ihrer grundsätzlichen Bedeutung, da jede Entscheidung in der einen oder anderen Richtung die inflationäre Entwicklung vermutlich unberührt gelassen hätte. Immerhin fiel der erste Volksentscheid in England im Juni für die Beibehaltung der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft so deutlich aus, daß die mit knapper Parlamentsmehrheit regierende Labour-Party noch einmal mit einem blauen Auge davonkam. Der linke Flügel, der sich energisch gegen die Europäische Gemeinschaft engagiert hatte, wagte es nicht, angesichts des klaren Votums auch in Arbeiterbezirken aus einer Position der Schwäche den Bruch innerhalb der Labor-Party herbeizuführen. Durch eine Regierungsumbildung nach dem Referendum schwächte Harold Wilson die Position des linken Flügels in der Regierung noch weiter, aber es wird sich erst noch erweisen, ob nicht beim Fort-

dauern der Wirtschaftskrise in England der linke Flügel, im Bündnis mit den immer militanter werdenden Gewerkschaften doch noch so weit Boden innerhalb der Labour-Party gewinnt, daß die eine oder andere Entwicklung eintreten könnte: daß entweder der linke Flügel die Partei so gut wie völlig übernimmt und damit einen Bruch zwischen Partei und Unterhausfraktion wie den baldigen Sturz der Labour-Regierung provoziert, oder daß die offene Parteispaltung resultiert. Die Zusammenarbeit von gemäßigten Konservativen und Liberalen mit dem rechten Flügel der Labour-Party in der Kampagne für die Beibehaltung der Mitgliedschaft bei der Europäischen Gemeinschaft zeigt bereits die Richtung an, die eine denkbar gewordene Umgruppierung der Parteien einschlagen könnte, immer vorausgesetzt, die politischen Konsequenzen der sich vermutlich noch weiter verschärfenden Wirtschaftskrise sprengen nicht den Rahmen des gegenwärtigen politischen Systems. Wie die englische Gesellschaft reagieren wird, wenn die politische Tabugrenze von einer Million Arbeitslosen überschritten wird, wagt auch in England heute niemand mit Sicherheit vorauszusagen.

Das Schicksal der Demokratie in Italien

Arbeitslosigkeit und Inflation werden auch das Schicksal der Demokratie in Italien bestimmen. Nach der Niederlage der Democrazia Cristiana in den jüngsten Wahlen zu den Regionalparlamenten bereitet sich die KPI immer stärker auf die Beteiligung an der Regierungsmacht in der Zentrale vor, nachdem der Wahlerfolg der Linken kommunistisch-sozialistische Regionalregierungen in zwei weiteren Regionen ermöglichte. Fanfanis Sturz als Parteisekretär der CD könnte vielleicht schon den Weg freimachen für den «historischen Kompromiß», den die KPI seit Jahren so beharrlich anstrebt. Bleibt abzuwarten, selbst wenn es soweit kommt, ob dann nicht, nach allen historischen Erfahrungen zu urteilen, die Rechte einen Gegenschlag riskiert, der, wie die Dinge jetzt schon gediehen sind, vermutlich der kommunistischen Linken indirekt doch nur in die Hände arbeiten würde.

Die politische Entwicklung in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland konnte sich die sozialliberale Koalition in den Landtagswahlen von Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und im Saarland zwar insgesamt noch einmal knapp behaupten, aber nur infolge von zwei sie begünstigenden Faktoren, die zeitlich zusammentrafen: die Hoffnung auf den wirtschaftlichen Aufschwung und die Enthüllungen über die Sonthofner Rede von Strauß, die noch einmal alle Antipathien gegen den Möchtegern-starken-Mann der BRD mobilisierten. Die Programme zur Wiederankurbelung der Wirtschaft blieben jedoch erfolglos, sodaß nun auch

die Regierung das ganze Ausmaß einer handfesten Wirtschaftskrise zugibt. Die Sparmaßnahmen bedrohen zusehends die sozialliberale Koalition, da sie in wichtige Reformmaßnahmen von FDP-Ressorts blokkierend eingreifen, wie zum Beispiel den Umweltschutz, und darüber hinaus, dem autoritären Führungsstil von Bundeskanzler Helmut Schmidt noch stärker freien Lauf lassen. Über der nunmehr längst überfällig gewordenen Erhöhung der Steuern zur Reduzierung des immer größer werdenden Defizits im Staatshaushalt, könnte die sozialliberale Koalition, evtl. sogar noch vor dem Ende der normalen Legislaturperiode im Herbst 1976, durch einen Konflikt zwischen SPD und FDP auseinanderbrechen. Ähnlich könnte die notwendig gewordene Reduzierung von Sozialleistunegen, die teilweise förmlich ausgewuchert sind, wie zum Beispiel bei der Ausbildungsförderung, zum schweren Konflikt innerhalb der SPD selbst führen. Anderseits kann die SPD/FDP-Koalition, selbst wenn sie die Wahlen von 1976 noch zusammen erreicht, nicht damit rechnen, dann noch oder wieder Strauß als den großen Mobilisator für die Koalition zu haben. Mit dem Bekanntwerden der Sonthofener Rede und der ständigen Drohung der CSU, als vierte Bundespartei Konkurrenz zur CDU zu machen, hat Strauß seinen politischen Abstieg so beschleunigt, daß auch der Empfang durch Mao, im fernen Peking, nicht mehr als Trostpflaster wirken kann. Die Koalition wird es also mit dem zwar blassen aber redlicheren Helmut Kohl als Kanzlerkandidat der CDU/CSU zu tun zu haben und wird es damit gewiß schwerer haben, als wenn Strauß selbst in die Arena gestiegen wäre.

Bei einem Fortgang der Wirtschaftskrise ist damit zu rechnen, daß die Problematik, die mit dem in Stuttgart-Stammheim nunmehr stockend anlaufenden Baader-Meinhof-Prozeß umrissen ist, sich noch schwerer als je stellen wird, wie neuerliche Attentate von immer neuen Terrorgruppen nahelegen.

Politische Erpressung durch Terror

Wie stets lebte die Welt zwischen Hoffnung und Bangen bei allen Nachrichten, die aus dem Nahen Osten kamen. Das Gewirr von Terror und Gegenterror, diplomatischen Verhandlungen und direkten oder indirekten Kriegsdrohungen ist für den Außenstehenden vielleicht undurchdringlicher denn je geworden. Für den Nichteingeweihten zeichnet sich ein verstärkter Druck der USA auf Israel ab, auf dem Sinai zu einer Kompromißlösung mit Ägypten zu kommen und damit den berühmten ersten Schritt zu einer Friedenslösung zu finden. Die offizielle Haltung Israels schwankt zwischen verbaler Kompromißbereitschaft und Härte gegenüber immer neuen palästinensischen Terrorschlägen. Die Rückkehr der Nationalreligiösen in die Regierung und das Ausscheiden der

kleinen Bürgerrechtsgruppe aus der Regierung deuteten schon vor rund einem Jahr wieder eine Akzentverlagerung nach Rechts ab. Anderseits haben sich in Israel neue Gruppen aufgetan, die ihre eigene Regierung in Richtung einer ausgehandelten Kompromißlösung mit den Arabern und den Palästinensern drängen möchten. Die Erfolgsaussichten solchen Bemühens bleiben für die nächste Zukunft weiterhin gering. Immerhin hat es nicht nur in Israel Aufsehen erregt, daß neuerdings auch Abba Eban, der frühere Außenminister Israels, öffentlich erklärte, die israelische Regierung sei zu starr in ihrer Haltung und hätte die von den USA übermittelten ägyptischen Vorschläge ruhig annehmen können. Verschärfter Inflations- und Steuerdruck im Gelobten Land dürften zur weiteren Polarisierung in der israelischen Gesellschaft beitragen: Resignation bei den Klarsichtigen, verstärkter militanter Chauvinismus bei den modernen Zeloten, deren Machtergreifung den Massada-Auschwitz-Komplex in Israel erst recht weiter befestigen würde.

Im benachbarten Libanon brach die schwere politische Krise, die seit dem analogen Konflikt in Jordanien vom September 1970 schwelte, mit einem blutigen Bürgerkrieg zwischen der rechtsextremen, christlichen Falange-Partei und den palästinensischen Guerillaorganisationen im Libanon offen aus. Im Augenblick herrscht, nach tagelangen schweren Kämpfen, wieder einmal ein trügerischer «Waffenstillstand», der jedoch vorläufig noch alles offen läßt.

Gerechtigkeit für das Kurdenvolk?

Dagegen ist ein anderer Konfliktherd im Nahen Osten vorläufig ausgeräumt. Nach dem Arrangemenet zwischen Irak und Iran im Dezember 1974 stellte der Iran seine bisherige Waffenhilfe für die aufständischen, auf ihre volle Autonomie pochenden Kurden im Irak ein und sperrte Mitte Januar 1975 seine Grenze zum Irak. Eine militärische Großoffensive gegen die nun hoffnungslos isolierten Kurden und ein Amnestieangebot an alle, die sich vor der Schlußoffensive freiwillig stellten, beendeten den Aufstand der Kurden. Es muß sich jetzt erweisen, ob die irakische Regierung ihre Angebote wenigstens einer begrenzten Autonomie wahrmacht, so daß den Kurden der Anlaß für weitere Aufstände auf konstruktive und humane Weise genommen würde.

Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika

Während in Äthiopien auch das neue Militärregime den hoffnungslosen Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegung Eritreas fortsetzt, wirkte sich die beginnende Dekolonisation der ehemalig portugiesischen Kolonien im südlichen Afrika weiter aus: Die Unabhängigkeit für Moçambique wirft offenbar keine größeren Probleme mehr im Innern auf,

nachdem dort die Befreiungsbewegung von vornherein einheitlich entstanden und aufgetreten war. In Angola jedoch scheiterten alle Ansätze zu einer Einigkeit der traditionell rivalisierenden drei Befreiungsbewegungen, sodaß Anfang Juli wiederum schwere Kämpfe zwischen der rechtsgerichteten FLNA und der linken MPLA ausbrachen, vor allem in und um Luanda, der Hauptstadt Angolas. In Luanda setzte sich nach blutigen Kämpfen zunächst die MPLA durch, aber offensichtlich hat die FLNA den Kampf um die Macht mit ihrer Niederlage in der Hauptstadt noch nicht aufgegeben.

Eine paradoxe Rückwirkung der Dekolonisation in Moçambique stellt sich für das benachbarte Sambia ein: Die Eisenbahn von Sambia nach Tanzania, die mit großem Aufwand noch vor dem ursprünglich festgesetzten Datum fertiggestellt wurde, erweist sich nunmehr als politisch überflüssig, weil das neue Regime in Moçambique Sambia nicht mehr feindlich gesonnen ist, sodaß der teure Umweg über Tansania für den sambischen Kupferexport hinfällig geworden ist. Was aus der großen Investition mit Hilfe chinesischen Kapitals und chinesischer Techniker wird, muß sich erst noch erweisen.

Südliches Afrika

Rhodesien schwankt zwischen Resignation und Aufbegehren gegen den sich abzeichnenden Sieg des afrikanischen Nationalismus, auch wenn dort, ähnlich wie in Angola, zwei afrikanische Gruppierungen miteinander rivalisieren. Der Versuch eines politischen Arrangements mit der Smith-Regierung ist offensichtlich an dem Versuch gescheitert, ein Maximum an politischen Rechten für die weiße Minderheit herauszuschlagen und den Eintritt des Zeitpunkts, da die Afrikaner die Mehrheit in Parlament und Regierung stellen, noch möglichst weit hinauszuschieben. So wird es, nach allen historischen Erfahrungen, demnächst zum offenen Befreiungskrieg in Rhodesien kommen, den die Weißen Rhodesiens, nach dem Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialherrschaft in Angola und Moçambique, nun fast allein durchkämpfen müssen, da sich offensichtlich auch Südafrika auf sein eigentliches Herrschaftsgebiet zurückzuziehen scheint. Sogar Namibia scheint es auf die Dauer aufzugeben bereit zu sein, um den Endkampf in der Südafrikanischen Republik selbst umso besser bestehen zu können. Aber wie lange sich ein isoliertes Groß-Lager Südafrika wird halten können, liegt auf der Hand, erst recht, wenn die Verschärfung der Weltwirtschaftskrise den Westen militärisch und politisch außerhalb seines engeren Machtbereichs noch weiter lähmen wird. Der Ausgang des letzten Gefechts für die Weißen Südafrikas läßt sich schon jetzt voraussagen, sollten sie so töricht sein, es auf ein solch letztes Gefecht überhaupt ankommen zu lassen.

Imanuel Geiss